

Staatsanwaltschaft

Staatsanwaltschaft

38

11.09.2017

Rechtsanwaltskanzlei

Vert.	Frist not.	1) Scannen	KV/ KIA	Mdt.:
RA	EINGEGANGEN			Kennt- nisn.
SB	14. SEP. 2017			Rück- spr.
Rück- spr.				Zah- lung
zdA				Stel- lungn.

Ermittlungsverfahren gegen Dr.

B

Ihre Mandantin: S

Ihr Zeichen:

Anlage(n)

Ablichtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anlage wird mit der Bitte um Kenntnisnahme und ggfls. Stellungnahme übersandt.

Hochachtungsvoll

Auf Anordnung

Justizhauptsekretärin

[REDACTED] Rechtsanwälte [REDACTED]

Staatsanwaltschaft [REDACTED]
[REDACTED]

05. Sep. 2017

Rechtsanwältin [REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED] den 31.08.2017

Ermittlungsverfahren gegen Dr. [REDACTED]

B [REDACTED]
[REDACTED]

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt [REDACTED]

zunächst möchte ich mich für die gewährte Akteneinsicht bedanken und nehme nach Rücksprache mit meinem Mandanten zur Sache wie folgt Stellung:

Bei meinem Mandanten, Herrn Dr. B [REDACTED] handelt es sich um den [REDACTED]
[REDACTED]

Wenn von der Anzeigeerstatteerin behauptet wird, dass man explizit die Weitergabe an die niedergelassene, einweisende Ärztin nicht gewünscht habe, so ist dies unzutreffend.

Der Aufklärungsbogen mit der Einwilligung zur Datenübermittlung sieht nicht nur die Zustimmung, sondern auch eine mögliche Ablehnung vor. In diesem Falle ist dieser Bogen überhaupt nicht ausgefüllt worden. Dies ist originäre Aufgabe der Verwaltungsmitarbeiter und nicht des Herrn Dr. B [REDACTED]. Dennoch hat die Patientin eine mündliche Mitteilung der weiterbehandelnden Ärztin erlaubt und konkret auch diese angegeben, ansonsten wäre eine weiterbehandelnde Ärztin auch nicht in der Akte

[REDACTED]

vermerkt worden. Der Aufnahmebogen ist, wie in der Zusammenarbeit mit Beleghebammen üblich, von der Beleghebamme Z. ausgefüllt worden. Dieser wird im Vorfeld ausgefüllt und nicht erst bei Aufnahme im Kreissaal. Auch dort ist der Name von Frau Dr. der weiterbehandelnden Gynäkologin, notiert worden. Dieser Bogen wird gemeinsam mit der Familie ausgefüllt. Hieraus ist ein mündliches Einverständnis mit der üblichen Übermittlung eines Arztbriefes an die betreuende niedergelassene Gynäkologin abzuleiten, was auch durch die Beleghebamme Z. bestätigt werden kann. Die Benachrichtigung der weiterbehandelnden Gynäkologin ist außerordentlich wichtig, um eine ordnungsgemäße Weiterbehandlung sicherzustellen. Hierzu ist das ärztliche Krankenhauspersonal sogar verpflichtet.

Zudem wird stets ein ärztliches Abschlussgespräch durchgeführt. In einem solchen Abschlussgespräch weisen die ärztlichen Mitarbeiter des Herrn Dr. B. auch Herrn Dr. E. selber stets darauf hin, dass nach dem Wochenbett die niedergelassene Gynäkologin aufzusuchen ist. Ferner wird auch darauf hingewiesen, worauf in dem dazwischen liegenden Zeitraum zwingend zu achten ist. Hierbei wird auch erwähnt, dass die niedergelassene Gynäkologin über die Entbindung informiert wird. Zu keinem Zeitpunkt hat Frau erwähnt, dass sie die Übermittlung eines Arztbriefes an ihre niedergelassene Gynäkologin nicht wünsche.

Hinsichtlich der CTG-Aufzeichnung und des dort zu findenden falschen Namens ist nicht Herr Dr. B. verantwortlich.

Die Familie begleitet von der Beleghebamme Z. ist zur Aufnahme in den Kreissaal gekommen und ist im Kreissaal 2 betreut worden. Das CTG wurde von der Beleghebamme Z. im Kreissaal 2 angeschlossen. Der Streifen wurde von ihr handschriftlich mit dem Namen von Frau beschriftet. Das CTG wurde von da an fortlaufend mit kurzer Unterbrechung dokumentiert und das Papier wurde zwischenzeitlich nicht von der Rolle entfernt, sodass es sich um einen fortlaufenden CTG-Streifen handelt.

Es ist richtig, dass diese analoge Dokumentation durch eine digitale Dokumentation ergänzt wird und jedes CTG-Gerät über eine Schnittstelle mit der elektronischen CTG-Befund-Dokumentation verbunden ist. Außerhalb des Kreissaals am Hebammenstützpunkt wird jedem elektronischem CTG manuell eine Patientin aus dem System zugeordnet. Sobald eine Patientin angeschlossen wird, öffnet sich ein Fenster und die Hebamme wird aufgefordert den neuen CTG einem Patientennamen zuzuordnen. Anschließend erscheint über die Schnittstelle der Name der Patienten auf dem analogen CTG-Dokument. In diesem Fall kam es zu einer CTG-Unterbrechung und nach einer kurzen Zeit wurde das CTG fortgesetzt. Während die Beleghebamme, Frau Z. im Kreissaal 2, die Patientin betreute, öffnete sich ein solches Feld am Hebammenstützpunkt. Irrtümlicherweise wurde eine andere Patientin elektronisch zugeordnet. Diese falsche Zuordnung fiel kurze Zeit später auf und es erfolgte eine erneute korrekte Zuordnung im elektronischen System. Die Patientin, die fälschlicherweise für 30 Minuten elektronisch in den Schnittstellen auf dem CTG mit ihren Namen dokumentiert ist, hatte zu diesem Zeitpunkt überhaupt kein CTG angelegt und es wurde lediglich ein falscher Name zugeordnet. Das CTG, das sich in der Akte von Frau

■ befindet, und das elektronisch im System abrufbar ist, ist zu jedem Zeitpunkt das CTG der Herztöne des Kindes von Frau ■ gewiesen. Lediglich die namentliche Zuordnung ist elektronisch für einen kurzen Zeitraum falsch gewesen. Frau ■ war die gesamte Zeit im Kreissaal 2, sie hat diesen nicht verlassen. Es war niemand anderes im Kreissaal 2 und niemand anderes an dem erwähnten CTG angeschlossen.

Allerdings ist hierzu auszuführen, dass für diese CTG-Aufzeichnung wie bereits ausgeführt nicht Herr Dr. B ■ verantwortlich zeichnet, da dies originäre Aufgabe der Hebamme ist. Mit dieser Aufgabe ist ärztliches Personal überhaupt nicht befasst, so auch nicht Herr Dr. B ■

Zusammenfassend bleibt somit festzuhalten, dass Herr Dr. B ■ lediglich den Arztbrief unterzeichnet hat, der, wie üblich, an die weiterbehandelnde Gynäkologin zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Therapie gerichtet wurde. Dies ist ein übliches und korrektes Vorgehen. Hierfür zeichnet sogar der Arzt verantwortlich, damit es zu keiner Problematik hinsichtlich der Weiterbehandlung kommt. Hätte die Patientin eine solche Information der weiterbehandelnden Gynäkologin nicht gewünscht, so hätte sie dies ausdrücklich mitteilen müssen, was sie nicht getan hat. Die Tatsache, dass sie Frau Dr. ■ als weiterbehandelnde Gynäkologin angegeben hat, spricht auch dafür, dass sie eine solche Information wünschte. Anderenfalls hätte sie den Namen dieser Ärztin überhaupt nicht genannt.

Insofern hat sich Herr Dr. B ■ entsprechend der ärztlichen Richtlinien korrekt verhalten. Es zeugt von einer besonderen Sorgfalt, dass er die weiterbehandelnde Gynäkologin über den Geburtsablauf unterrichtet hat, um eine ordnungsgemäße Weiterbehandlung sicherzustellen. Im Übrigen sei der Hinweis erlaubt, dass sämtliche Ärzte, die die Patientin ■ behandelt der Schweigepflicht unterliegen und somit in die Schweigepflicht miteinbezogen sind. Frau Dr. ■ war bereits auch schon die vorbehandelnde Gynäkologin und somit über den Fall informiert.

Insofern ist ein strafrechtlich relevantes Verhalten seitens des Herrn Dr. B ■ nicht gegeben. Aus diesem Grunde beantrage ich für meinen Mandanten,

das Verfahren gem. § 170 Abs. 2 StPO einzustellen.

Hochachtungsvoll

■